Protokoll über die Sitzung des Fachausschusses „Kinder und Bildung“ des Stadtteilbeirates Findorff am 14.05.2024 in der „Ganztagsgrundschule Augsburgener Straße“, Augsburgener Straße 175, 28215 Bremen

Beginn der Sitzung: 19.00 Uhr
Ende der Sitzung: 21:30 Uhr

Nr.: XIV/02/24

Teilgenommen haben:

Beiratsmitglieder

Christian Weichert
Stefan Dilbat
Katrín Grosch i.V.
Kevin Helms

Sachkundige Bürger:innen

Christian Gloede
Bastian Auhage
Dr. Felix Putze

Vertreter:innen § 23.5 BeirOG

Verhindert sind:

Wencke Mjeku-Alexy (i.V. Katrin Grosch)
André Penzien

Gäste: Frau Annette Kemp (Senatorin für Kinder und Bildung) und Ingo Matthias (ReBUZ West)

Folgende Tagesordnung wird vorgeschlagen

- TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung und des Themenspeichers**
- TOP 2: Neuwahl stellv. Fachausschussprecher: in**
- TOP 3: Genehmigung des Protokolls Nr. XIV/01/24 vom 13.02.2024**
- TOP 4: Welche Folgen hätte die Schließung des Uni Bades für das Schwimmen in Findorff?**
Dazu: Frau Kemp / Senatorin für Kinder und Bildung
- TOP 5: Vorstellung des „Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentrums West“ (ReBUZ)**
Dazu: Herr Matthias / Leiter des ReBUZ West
- TOP 6: Aktuelle Situation der Kitas und Schulen im Stadtteil**
- TOP 7: Entscheidungsbedarfe in Stadtteilangelegenheiten**
- TOP 8: Mitteilungen des Amtes / Verschiedenes**

-
- TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung und des Themenspeichers**

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Der TOP 2 wird nach hinten verlegt, damit zur Stellvertreterinnenwahl auch Katrin Grosch dabei sein kann. Sie hat im Vorfeld angekündigt aus beruflichen Gründen etwas später zur Sitzung zu kommen.

Das Thema Kitaplatzversorgung im Stadtteil soll in den Themenspeicher, weil ein großer Mangel an Plätzen herrscht.

TOP 3: Genehmigung des Protokolls Nr. XIV/01/24 vom 13.02.2024

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

TOP 4: Welche Folgen hätte die Schließung des Uni Bades für das Schulschwimmen in Findorff?

Dazu: Frau Kemp / Senatorin für Kinder und Bildung (SKB)

Unabhängig von der drohenden Schließung des Uni Bades wird es in Bremen immer schwieriger den gesetzlich verankerten Anspruch des Schulschwimmens zu erfüllen. In den vergangenen Jahren ist die Zahl der Schulkinder und damit der Klassenverbände erheblich gestiegen. Die Wasserflächen sind in dieser Zeit aber nicht mehr geworden. Aktuell muss für zirka 4800 Drittklässler aus 84 Grundschulen der Schwimmunterricht organisiert werden. Dafür gibt es in Bremen acht Schwimmbäder. Durch diese Entwicklung steht für die Öffentlichkeit auch immer weniger Zeit zum Schwimmen zur Verfügung.

Für das Sicherstellen des Schulschwimmens ist es dringend erforderlich, dass das Uni Bad so lange geöffnet bleibt, bis das Westbad fertiggestellt ist und dies ist für Januar 2026 geplant. Aus Findorff nutzen zurzeit noch zwei Schulen das Uni Bad zum einen die „Oberschule Findorff“, die eigentlich gerne noch weitere Schwimmzeiten hätte und die „Grundschule Augsburgers Straße“, die aktuell mit 75 Kindern dort zum Schwimmen fährt.

Sollte es zur Schließung des Uni Bades kommen, dann verliert die OS Findorff deutlich an Schwimmfläche auch wenn sie dann das Horner Bad benutzen kann. Anders sieht es für die Grundschüler:innen der „Augsburger Straße“ aus, diese schwimmen dann im Horner Bad zu den gleichen Bedingungen.

Unglücklich ist die Schulleiterin der „Grundschule Admiralstraße“ darüber, dass die Schüler:innen jetzt nach Huchting zum Schwimmen fahren. Sie verlieren dadurch mehrere Schulstunden, weil der Weg so weit ist und unterwegs auch noch Schüler:innen der „Grundschule Überseestadt“ mitgenommen werden. Sie fragt, warum der Schwimmunterricht wichtiger ist, als der Mathe- oder Deutschunterricht, der nun ausfällt.

Ob das Uni Bad zunächst weiterbetrieben werden kann, entscheidet ein Gutachten, das bis Ende Mai vorliegen soll. Unabhängig davon muss aber auch die veraltete Technik durchhalten und die erfahrenen Techniker, die bislang bei der Uni beschäftigt sind, müssen weiterhin trotz Rückzug der Universität für den Weiterbetrieb des Bades zur Verfügung stehen. Das Ultimatum der Uni das Bad am 31. August dieses Jahres zu schließen hat bereits zahlreiche Staatsratsrunden verursacht.

TOP 2: Neuwahl stellv. Fachausschusssprecher:in

Stefan Dilbat ist seit der vergangenen Sitzung von seinem Posten als stellv. Sprecher des Ausschusses (per Mail) zurückgetreten. Er ist zwischenzeitlich Sprecher des FA „Bau, Umwelt, Klima und Verkehr“ geworden. In Abwesenheit

schlägt er (weil die SPD das Vorschlagsrecht hat) Wencke Mjeku-Alexy vor, die vom Fachausschuss in öffentlicher Wahl einstimmig gewählt wird.

TOP 5: Vorstellung des „Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentrums West“ (ReBUZ)

Dazu: Herr Matthias / Leiter des ReBUZ West

In seiner PowerPoint-Präsentation stellt Herr Matthias die Arbeitsfelder des Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentrums (ReBUZ) in Bremen vor. Er beginnt mit einem kurzen historischen Rückblick. Schnell wird deutlich, dass sich mit der Gründung des ReBUZ die Situation in Bremen deutlich verbessert hat, weil die Hilfsangebote nun zentral erreichbar sind und auch der Austausch untereinander damit verbessert wurde. Davor gab es viele verschiedene Anlaufstellen.

Er berichtet des Weiteren von der anstehenden Schließung der „Fritz Gansberg Schule“ und den damit verbundenen Änderungen für die betroffenen Schüler (nur Jungen). Diese werden alle einer sogenannten Stammschule zugeordnet, aber zunächst vom ReBUZ beschult. Das Ziel ist es, langfristig möglichst viele dieser Jungen vom ReBUZ an ihre Stammschule für die Teilnahme am Unterricht zu übergeben.

Eine der Folien zeigt sehr gut die Multiprofessionalität der Organisationsstruktur, dadurch gibt es mehrere professionelle Blickwinkel auf die Probleme. Das hilft laut Herrn Matthias sehr bei der Lösung. Das ReBUZ bietet auch sogenannte Familienklassen an, in denen Kinder und Eltern zusammen den Unterricht besuchen und auch für Schulverweigerer gibt es spezielle Klassen.

Mittlerweile gibt es eine lange Warteliste bei den Beratungsanfragen. Es gibt einen Anstieg der Fallzahlen um fast 40 % in den vergangenen fünf Jahren. Es gibt für die Beratungen aber keine neuen Mitarbeiter:innen. Die zusätzlichen 21 Kräfte, die eingestellt wurden, sind alle für die Beschulung der ehemaligen Fritz-Gansberg-Schüler verplant.

In der Diskussion nach dem Vortrag wurde deutlich, dass sich das ReBUZ vor allem eine bessere personelle Ausstattung wünscht. Die anwesenden Schulvertreter:innen lobten einstimmig die gute Zusammenarbeit. Die Schulen zu stärken ist eine wichtige Aufgabe des ReBUZ. Mit seiner Allparteilichkeit ist es ein sehr guter Vermittler.

TOP 6: Aktuelle Situation der Kitas und Schulen im Stadtteil

Die für diese Sitzung angedachte Vorstellung der Kitazahlen für die Hauptanmeldephase kann nicht stattfinden, weil die SKB diese nicht übermittelt hat. Es liegt das Angebot vor, dass Frau Rum von der SKB diese Zahlen in einer der kommenden Sitzungen mitteilt. Allerdings hat dann das Kita-Jahr schon begonnen. Die Ausschussmitglieder mahnen nachvollziehbare Zahlen an.

Des Weiteren wurde die Antwort der SKB zum langfristig geplanten Umzug der Schule Admiralstraße auf das GESTRA-Gelände kurz besprochen.

Es wird an die Einladung der OS Findorff erinnert, die ihre neuen naturwissenschaftlichen Räume am 24.05.2024 mit einer kleinen Feier einweihet. Die FA-Mitglieder haben die Einladung hierzu schon per Mail erhalten.

Von Seiten einiger der anwesenden Schulleitungen wird die Umstrukturierung der Personalversorgungsabteilung bei der SKB kritisiert. Personelle Zusagen werden zurückgenommen oder es kommt keine Rückmeldung aus der Behörde. Es herrscht laut Schulleitung an einigen Schulen Personalmangel.

Ein FA-Mitglied weist auf eine geplante Demonstration am 24.5. ab 10.00 Uhr in Bremen hin, die am Marktplatz startet. Es wird eine Bildungswende gefordert und unter anderem ein 100 Mrd. Sondervermögen für die Bildung.

Es wird kurz von der aktuellen Aktion der SKB berichtet neues Personal (Quereinsteiger:innen) als Unterstützung für Kitas zu gewinnen. Da es einige freie Gruppenräume gibt, die mangels Personal nicht genutzt werden können und der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz besteht.

TOP 7: Entscheidungsbedarfe in Stadtteilangelegenheiten

Hierzu liegt nichts vor.

TOP 8: Mitteilungen des Amtes / Verschiedenes

Die SKB hat die Anregung des FA das „LIS“ (Landesinstitut für Schule) aus Findorff zu verlegen an die Dienststellenleitung weitergeleitet. Eine kurze schriftliche Antwort soll noch kommen.

Des Weiteren ist noch die Frage nach einer möglichen Veränderung der Schuleinzugsgebiete offen. Die Antwortfrist ist noch nicht abgelaufen.

Vorsitz und Protokoll:

Fachausschussprecher:

Petra Hellmann

Christian Weichert